

„Stuttgart 21“

Fallbeispiel

Textmaterial für den Unterricht



„Stuttgart 21“: Chronologie

- 1985 – 1988:** Die Idee zu „Stuttgart 21“ entsteht. Der Stuttgarter Hauptbahnhof soll in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut und die Bahnstrecke zwischen Stuttgart und Ulm neu gebaut werden (entlang der bestehenden Autobahn). Durch den Umbau des Hauptbahnhofs werden Gleisfelder frei, die zur städtebaulichen Entwicklung genutzt werden sollen.
- 1992 – 1995** Die baden-württembergische Landesregierung stimmt den weiterentwickelten Plänen der Bahn zu. Das Projekt „Stuttgart 21“ wird der Öffentlichkeit vorgestellt.
- 1995 – 1998** Bund, Land, Stadt, Regionalverband und Deutsche Bahn schließen eine Rahmenvereinbarung zur Entwicklung und Förderung des Projekts ab. Architekturwettbewerbe finden statt, ein Informationszentrum „Stuttgart 21“ wird eröffnet.
- 2001** Das Planfeststellungsverfahren beginnt.
- 2005 – 2006** Die Baugenehmigung für den geplanten Tiefbahnhof wird erteilt. Der Landtag von Baden-Württemberg fasst einen Grundsatzbeschluss über die Realisierung von „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm.
- 2007** Bund, Land, Stadt und Bahn einigen sich über die Aufteilung der Kosten. In Stuttgart werden Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt, der im Dezember 2007 vom Stuttgarter Gemeinderat mit großer Mehrheit abgelehnt wird.
- 2009** Bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl werden Bündnis 90/Die Grünen, die gegen „Stuttgart 21“ sind, erstmals stärkste Fraktion. Die erste Montagsdemonstration gegen „Stuttgart 21“ findet mit vier Teilnehmern statt.
- 2010** Offizieller Beginn der Bauarbeiten. Die Proteste der Bürger verstärken sich. Prominente fordern einen Baustopp und eine Entscheidung durch die Bürger.
- 30.09.2010** Auseinandersetzungen zwischen Projektgegnern und Polizei eskalieren. Es werden mehr als 180 Menschen, darunter auch Jugendliche und Rentner, verletzt.
- 09.10.2010** Zwischen 65.000 und 90.000 Menschen gehen gegen „Stuttgart 21“ auf die Straße.
- 22.10.2010** Beginn der neun Runden andauernden öffentlichen Schlichtung.
- 30.11.2010** Der Schlichter Heiner Geißler spricht sich für den Weiterbau des Projekts aus, verlangt aber Nachbesserungen wie z. B. den „Stresstest“.
- März 2011** Bei den Landtagswahlen verliert die CDU die Macht an ein grün-rotes Regierungsbündnis, das sich für einen Volksentscheid zu „Stuttgart 21“ einsetzt.
- 29.07.2011** Das Ergebnis des „Stresstests“ bestätigt den Effizienzgewinn des geplanten Durchgangsbahnhofs.
- 27.11.2011** Volksentscheid: 58,8 Prozent der Wähler stimmen gegen den Ausstieg des Landes aus der Finanzierung des Bahnprojekts. Die Wahlbeteiligung liegt bei 48,3 Prozent.
- 08.12.2014** 250. Montagsdemo gegen „Stuttgart 21“ vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof mit 7.000 Menschen, die unter dem Motto „Köpfchen zeigen, oben bleiben“ protestieren.



Der Begriff des „Wutbürgers“

Der Begriff des „Wutbürgers“ wurde durch einen 2010 im „Spiegel“ publizierten gleichnamigen Essay des Journalisten Dirk Kurbjuweit geprägt. Darin vergleicht Kurbjuweit das Verhalten der Projektgegner von „Stuttgart 21“ mit dem Verhalten von Münchner Bürgern, die Kritiker von Sarrazins¹ Thesen öffentlich ausgebuht und ausgeschimpft hatten. Zwar erkennt Kurbjuweit an, dass die wütenden Bürger in Stuttgart und München nicht aus den gleichen Gründen protestierten, doch sieht er gewisse Parallelen in ihrem Verhalten.

Der typische „Wutbürger“ ist nach Kurbjuweit Angehöriger eines bürgerlichen Milieus, häufig konservativ, über 45 Jahre alt und besitzt einen ausdauernden Protestwillen. Er möchte bewahren, was er bereits besitzt und wehrt sich gegen verschiedene Formen des Wandels. Auch richtet er sich gegen Investitionen in die Zukunft und gegen Fremdes, weil er von den Früchten der Investitionen nicht mehr viel haben wird. Im Fall des Stuttgarter Bahnhofs bekommt er den Baulärm und die Unannehmlichkeiten mit, wird den fertiggestellten modernisierten Bahnhof aber nicht lange genießen können.²

„Wutbürger“ ist darüber hinaus aber auch ein Begriff, der die Empörung der Bevölkerung über fehlende Mitgestaltungsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen ausdrückt. Weil zahlreiche Zeitungen und

Fernsehsender den Begriff im Jahr 2010 verwendeten und damit auf ein aktuelles gesellschaftliches Phänomen hinwiesen, wurde er von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gewählt und in den Duden aufgenommen. Laut Duden bezeichnet „Wutbürger“ einen Bürger, der „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestiert und demonstriert“.³

Der Begriff des „Wutbürgers“ wurde aber auch kritisch diskutiert und hinterfragt. So bezeichnet der Sprecher des Aktionsbündnisses gegen „Stuttgart 21“, Gangolf Stocker, den Begriff als „albern“. Seiner Ansicht nach setzen sich die Protestgegner für einen modernisierten Kopfbahnhof und mehr direkte Demokratie ein und handeln nicht aus Wut und Angst vor einem Wandel.⁴

Die Journalistin Barbara Supp reagierte auf den Begriff des „Wutbürgers“ mit der Verwendung des Begriffs des „Mutbürgers“ und führte aus, dass die Demonstranten gegen „Stuttgart 21“ ein Segen für die Demokratie seien, da die Krise der repräsentativen Demokratie nur mit mehr Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden überwunden werden könne. Die Protestbewegung in Stuttgart zeige ihrer Ansicht nach, dass die Mitte der Gesellschaft misstrauischer gegenüber der Politik geworden sei und über politische Vorhaben besser informiert werden möchte.⁵

1 Thilo Sarrazin veröffentlichte ein sehr umstrittenes Buch mit dem Titel „Deutschland schafft sich ab“, in dem er die Zuwanderung von muslimischen Menschen kritisiert
 2 Kurbjuweit, Dirk: Der Wutbürger. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html>
 3 <http://www.duden.de/suchen/dudenonline/Wut%C3%BCrger>
 4 <http://www.zeit.de/kultur/2010-12/wort-des-jahres-wutbuenger>
 5 Supp, Barbara: Die Proteste von Stuttgart 21 sind ein Segen für die Demokratie: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-74549707.html>



Die Sozialstruktur der Protestierenden in Stuttgart

Um die Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“ zu verstehen, muss man wissen, welche Bevölkerungsgruppen an den Protesten beteiligt waren bzw. sind. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung wertete 1280 von Projektgegnern beantwortete Fragebögen aus, um Informationen über die soziale Zusammensetzung, Alter, Bildungsstand und Motivation der Teilnehmer zu erhalten. Die Befragung fand im Jahr 2010 statt. Auffällig ist bei der Protestbewegung der überdurchschnittliche Bildungsstandard der Befragten. So gaben 70 Prozent der Befragten an, Abitur gemacht zu haben; 40 Prozent besitzen sogar einen Hochschulabschluss. Ein weiteres auffälliges Merkmal der Protestbewegung ist der relativ hohe Altersdurchschnitt, denn 75 Prozent der Befragten gaben an, über 35 Jahre alt zu sein; 20 Prozent waren zum Zeitpunkt der Erhebung über 55 Jahre alt. Nur zehn Prozent der Projektgegner waren damals jünger als 25 Jahre.

Ein weiteres Merkmal der Projektgegner ist ihre Ausdauer und ihr intensiver Protestwille. So gaben 80 Prozent der Befragten an, mindestens einmal in der Woche an einer Protestaktion teilzunehmen, 40 Prozent der Befragten wurden sogar mehrmals in der Woche aktiv. Die Umfrage zeigt außerdem, dass die Protestbewegung auch recht viele eher unpolitische Menschen mobilisierte. So gaben 16 Prozent der Befragten an, vor „Stuttgart 21“ noch nie an Protesten beteiligt gewesen zu sein, während die Mehrheit (60 Prozent) sich zuvor selten oder nur gelegentlich an politischen Aktionen beteiligte. Nur jeder fünfte Befragte hatte vorher schon häufig an Protestaktionen teilgenommen.

Hinsichtlich der Motivation gab die Mehrheit an, sich übergangen zu fühlen und von den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen worden zu sein. Eine entscheidende Rolle spielt hier vermutlich der als unzulässig erklärte Bürgerentscheid von 2007. Interessanterweise gaben 80 Prozent der Befragten an, mit ihrer persönlichen Lebenssituation (sehr) zufrieden zu sein. Unzufrieden waren sie hingegen mit der allgemeinen politischen, sozialen und umweltpolitischen Situation.

So verwundert es nicht, dass die Mehrheit der Befragten den Parteien und Politikern in Baden-Württemberg mit Misstrauen (mit Ausnahme des Bündnis 90/Die Grünen) begegnen. Gleichwohl räumte die Mehrheit der Befragten ebenfalls ein, dass Parteien eine wichtige Rolle im politischen Prozess zukomme. Auch identifiziert sich der allergrößte Teil der Befragten (90 Prozent) mit grundlegenden demokratischen Werten, obgleich viele sich kritisch über den Zustand der Demokratie in Deutschland äußerten. So fordern fast alle Befragten (90 Prozent) den Ausbau von direkt-demokratischen Elementen in Deutschland. Laut politischer Selbsteinschätzung verorten sich die Befragten überwiegend in der linken Mitte. Immerhin die Hälfte der Befragten glaubte zum damaligen Zeitpunkt an den Erfolg der Proteste und begründet dies mit der Durchsetzung der Schlichtungsgespräche. Allerdings wurde das Schlichtungsverfahren selbst von vielen schon damals als nur wenig erfolgversprechend angesehen.

Quelle:

Göttinger Institut für Demokratieforschung: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21 (2010) <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf>



Das Schlichtungsverfahren

Das Schlichtungsverfahren war im Fall „Stuttgart 21“ notwendig, weil sich die Fronten zwischen Projektgegnern und -befürwortern so stark verhärtet hatten, dass die Situation vor Ort zunehmend eskalierte (viele Verletzte bei einigen Demonstrationen, Störungen der Bauarbeiten etc.). Bei dem Schlichtungsverfahren saßen sich Minister, Vorstände, Oberbürgermeister, Stadträte, Politiker, BUND (Bund für Umwelt und Natur) und Mitglieder des „Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21“ gleichberechtigt gegenüber. Jeweils sieben Vertreter von der Seite der Projektbefürworter und sieben Vertreter der Projektgegner kamen von Ende Oktober bis Ende November 2010 insgesamt neunmal im Stuttgarter Rathaus zusammen. Heiner Geißler¹ moderierte das Schlichtungsverfahren und erließ am Ende einen Schlichterspruch.

Ziel des Schlichtungsverfahrens war eine Sach- und Faktenschlichtung, das heißt Informationen über Zahlen, Daten und Fakten zu dem Projekt „Stuttgart 21“ sollten offengelegt und diskutiert werden. Projektbefürworter und Projektgegner sollten sich in einer sachlichen Auseinandersetzung gegenüberreten, sich gegenseitig zuhören und ihre Argumente austauschen. Die Sitzungen waren öffentlich und wurden live im Fernsehen und Radio übertragen, damit sich die Öffentlichkeit selbst eine Meinung bilden konnte.

Die diskutierten Themen waren sehr umfangreich und umfassten folgende Teilaspekte des Projekts: Verkehrliche Leistungsfähigkeit des Bahnknotens „Stuttgart 21“, Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, „Kopfbahnhof 21“, Ökologie und städtebauliche Entwicklung, Geologie,

Sicherheit und Bauablauf, Kosten und Wirtschaftlichkeitsrechnung sowie die Beantwortung von offenen Fragen.

Am Ende des Schlichtungsverfahrens erließ Heiner Geißler einen Schlichtungsspruch, der rechtlich nicht bindend war, jedoch eine psychologische und politische Wirkung erzielte. Darin sprach er sich für die Weiterverfolgung des Projekts „Stuttgarts 21“ aus, forderte jedoch sieben Verbesserungen des Projekts. So sollten ein „Stresstest“ zur Leistungsfähigkeit des neuen Hauptbahnhofs durchgeführt sowie mehr Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geschaffen werden. Außerdem forderte Geißler, die frei werdenden Grundstücke in eine Stiftung zu überführen, um sie der Grundstücksspekulation zu entziehen.²

Nach dem Ende des Schlichtungsverfahrens änderte sich laut Meinungsumfragen die Ansicht vieler Bürger, denn der Anteil der Befürworter von „Stuttgart 21“ stieg an.³ Die Meinung der aktiven Projektgegner jedoch änderte sich nicht, denn die Proteste gegen „Stuttgart 21“ wurden auch nach dem Schlichterspruch fortgesetzt.

Auch wenn es nicht gelungen ist, einen Kompromiss zwischen Projektbefürwortern und -gegnern zu erzielen, wird das Schlichtungsverfahren als wertvolles „Demokratie-Experiment“ bezeichnet. Es war der Versuch, „Bevölkerungsproteste gegen ein Großprojekt ernst zu nehmen und in einen Dialog auf Augenhöhe zu überführen“.⁴

1 Heiner Geißler ist ehemaliger Bundesminister und Generalsekretär der CDU

2 Dr. Heiner Geißler: Schlichtung Stuttgart 21 PLUS

3 Politbarometer Extra - Baden-Württemberg vom 26.11.2010

https://web.archive.org/web/20101130061922/http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/PB-Extra_Baden-Wuerttemberg/

4 Frieden durch Schlichtung? Die Stuttgart 21 Schlichtung auf dem Prüfstand. <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/006625.html>



Der Volksentscheid

Am 27. November 2011 fand der erste Volksentscheid in Baden-Württemberg statt. Volksentscheide sind Instrumente der direkten Demokratie, bei denen die Abstimmung über konkrete Sachfragen im Vordergrund steht. Alle stimmberechtigten Bürger haben bei einem Volksentscheid die Möglichkeit, über die Annahme oder Ablehnung einer Vorlage (das kann z. B. ein Gesetzentwurf sein) zu entscheiden. Volksentscheide können unter anderem durch Volksinitiativen entstehen. Ihre genaue Ausgestaltung unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland.

Bei dem Volksentscheid über „Stuttgart 21“ hatten die Bürger aus Baden-Württemberg die Möglichkeit, über das sogenannte „S21 Kündigungsgesetz“ zu entscheiden, das den Ausstieg des Landes Baden-Württemberg aus der Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ vorsah.

Das Zustandekommen des Volksentscheids über „Stuttgart 21“ kann als ungewöhnlich bezeichnet werden, da es zu einem recht späten Zeitpunkt und nach dem gescheiterten Bürgerentscheid von 2007 durchgeführt und nicht durch eine Volksinitiative gestartet wurde.¹ Im Fall „Stuttgart 21“ fand der Volksentscheid statt, weil Bündnis 90/Die Grünen und SPD nach der Landtagswahl im März 2011 in ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten, eine Volksabstimmung über das Projekt „Stuttgart 21“ durchzuführen. Kurze Zeit später wurde der Entwurf zum „S21 Kündigungsgesetz“ in den Landtag eingebracht und von diesem abgelehnt. Daraufhin initiierten die Bündnis 90/Die Grünen und die SPD die Durchführung des Volksentscheids.²

Das Ergebnis des Volksentscheids war deutlich. Fast 60 Prozent (genau 58,8 Prozent) der Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg stimmten für die Weiterfinanzierung des Projekts „Stuttgart 21“. Sogar in Stuttgart selbst stimmte eine Mehrheit von 52,9 Prozent für die Fortführung des Projekts. Bezeichnend für den Volksentscheid war die hohe Wahlbeteiligung von 48,3 Prozent, denn bei anderen Volksentscheiden, wie z. B. dem Volksentscheid in Bayern über das Rauchverbot, beteiligte sich ein wesentlich geringerer Prozentsatz der Bürger (37,7 Prozent).³

Der Volksentscheid über „Stuttgart 21“ kann als eine „nachholende Bürgerbeteiligung“ betrachtet werden. Das Ergebnis zeigt, dass die Projektgegner zwar sehr sichtbar und laut waren, nicht aber die Meinung der Mehrheit der Bürger in Baden-Württemberg vertraten. Außerdem zeigt die hohe Beteiligung auch, dass der Volksentscheid als Instrument der direkten Demokratie von der Bevölkerung angenommen und befürwortet wird. Allerdings wird kritisiert, dass der Volksentscheid in Baden-Württemberg zu spät stattfand und Volksentscheide nur dann sinnvoll sind, wenn sie am Anfang eines Entscheidungsprozesses stehen. Im Fall „Stuttgart 21“ waren die Verträge mit der Bahn bereits seit langer Zeit geschlossen und bauliche Maßnahmen wurden bereits ausgeführt.⁴ Experten gaben an, dass ein Ausstieg aus dem Projekt für das Land Baden-Württemberg daher sehr teuer geworden wäre.

-
- 1 Volksinitiativen können Gesetzentwürfe in Parlamente einbringen. Falls diese den Gesetzentwurf ablehnen, kann ein Bürgerbegehren gestartet werden. Kommen bei dem Bürgerbegehren genügend Stimmen zusammen, kommt es zu einem Volksentscheid, bei dem die Bürger über den Gesetzentwurf der Volksinitiative abstimmen können. Die Abstimmungen sind in der Regel genauso bindend wie ein regulärer Parlamentsbeschluss
 - 2 In Baden-Württemberg werden Volksentscheide auch als Volksabstimmungen bezeichnet. Während Volksentscheide in Bund und Ländern durchgeführt werden, finden Bürgerentscheide in Kommunen und Landkreisen statt
 - 3 Ja zu Stuttgart, souveräne Schwaben. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ja-zu-stuttgart-21-souveraene-schwaben-a-800250.html>
 - 4 S21: Hohe Wahlbeteiligung ist ein Sieg für die direkte Demokratie. <http://www.mitentscheiden.de/8680.html>

Stadt! Macht! Schule! ist ein Projekt
der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik

**HAMBURGER STIFTUNG FÜR
WIRTSCHAFTSETHIK**

Stadt! Macht! Schule! wird gefördert
von der Robert Bosch Stiftung

Robert Bosch Stiftung

und der Stiftung Hamburger Wohnen

 **STIFTUNG
Hamburger
Wohnen**

Impressum und Kontakt

Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik

Max-Brauer-Allee 22

22765 Hamburg

040.87 87 905 70

info@stadtmachtschule.de

www.stiftung-wirtschaftsethik.de

www.stadtmachtschule.de

Projektlogo: Justar.nl

Gestaltung: IconScreen.de

Lizenzhinweis

Dieses Unterrichtsmaterial ist erschienen unter einer
Creative Commons Lizenz (Namensnennung -
Nicht-Kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0)